

25 Jahre Freunde für Fremde e.V.

eine Initiative zur Begegnung von Geflüchteten,
Ausländern*innen und Einheimischen



Jubiläumsausgabe 2023

Inhalt

Grußwort Meri Uhlig, Integrationsbeauftragte der Stadt Karlsruhe	3
Rückblick auf 25 Jahre - und wie geht es weiter? Dr. Francoise Hammer, Heidi Heger und Gertrud Stihler	4
Karlsruhe, eine Stadt der Migration Dr. Susanne Asche	6
Die aktuelle Asyl- und Migrationspolitik - die Janusköpfigkeit Marion Schuchardt	10
Wie effizient ist Beratung in einem gemeinnützigen Verein – in einfacher Sprache: ein Weg hin zu einem Leben ohne öffentliche Leistungen Angelika Steffen	12
Deutschunterricht individuell Hans-Jürgen Kobus	14
Beratungen in Stutensee Andreas Wellmer	15
Statistik der Beratung Klaus Heckfuss	16
Gedanken einer jungen Kolumbianerin zum Thema Rassismus Alejandra Acero	19
Eine Schülerin berichtet über den Verein Freunde für Fremde Alejandra Acero	20
Wir danken vielen.. Marion Schuchardt	21
Impressum	22

Grußwort Jubiläumsschrift

Liebe Leserinnen und Leser,

als Integrationsbeauftragte der Stadt Karlsruhe möchte ich Ihnen zum 25-jährigen Bestehen Ihres Vereins meine große Anerkennung und Dankbarkeit aussprechen. Der Verein „Freunde für Fremde“ verkörpert mit seinem unermüdlichen Einsatz die Förderung von Vielfalt, Toleranz und Verständnis.

Vielfalt ist längst zur gesellschaftlichen Realität geworden und das ist gut so. Unsere Stadt und unsere Gesellschaft sind geprägt von Menschen verschiedener Herkunft, Kulturen und Religionen. Doch nur wenn wir diese Vielfalt als Bereicherung begreifen und eine gelebte Anerkennungskultur fördern, können wir eine gemeinsame Zukunft gestalten.

Der Verein „Freunde für Fremde“ verkörpert diese Anerkennungskultur in herausragender Weise. Seit einem Vierteljahrhundert setzt sich der Verein unermüdlich für Menschen mit Migrationshintergrund in unserer Stadt ein. Dabei steht nicht nur die Beratung zu rechtlichen Fragen im Vordergrund, sondern auch die praktische Unterstützung bei der Sprachvermittlung und der Integration in den Arbeitsmarkt.

In Ihren Projekten und Initiativen steht der Mensch im Mittelpunkt. Ob bei Sprachkursen, gemeinsamen Freizeitaktivitäten oder kulturellen Veranstaltungen – Sie schaffen Gelegenheiten für Begegnungen und Beziehungen, die über alle Grenzen hinweg reichen. Ihre Arbeit trägt dazu bei, dass Menschen mit Migrationshintergrund nicht nur in unserer Stadt willkommen geheißen werden, sondern auch aktiv am gesellschaftlichen Leben teilhaben können.

Besonders beeindruckend ist das ehrenamtliche Engagement der Mitglieder von

„Freunde für Fremde“. Ihr außergewöhnlicher Einsatz geht weit über das Normale hinaus und ist ein leuchtendes Beispiel für gelebte Solidarität und Nächstenliebe.

Großer Dank gilt dem Verein auch für das Mitwirken am städtischen Runden Tisch gegen Rassismus und Diskriminierung. Indem sich der Verein aktiv gegen Ausgrenzung und Vorurteile einsetzt, trägt er maßgeblich zur Schaffung einer toleranten und offenen Gesellschaft bei.

„Freunde für Fremde“ steht wie der Name impliziert für Freundschaft. Freundschaft ist mehr als nur ein oberflächliches Miteinander. Sie ist eine Brücke, die Menschen verbindet, unabhängig von Herkunft, Religion oder kulturellem Hintergrund. Freundschaft ermöglicht echte Begegnungen, in denen Vorurteile abgebaut und Vertrauen aufgebaut werden kann. Freundschaft bedeutet, füreinander da zu sein, sich gegenseitig zu unterstützen und einander zu helfen.

Durch Ihre Arbeit leisten Sie einen unverzichtbaren Beitrag zur Stärkung des sozialen Zusammenhalts und zur Förderung von Verständnis und Respekt zwischen Menschen verschiedener Herkunft und Kulturen. Sie zeigen, dass wahre Integration nicht nur eine Frage von Gesetzen und Vorschriften ist, sondern vor allem eine Frage von menschlichen Beziehungen und Verbindungen.

In diesem Sinne möchte ich Ihnen meinen herzlichsten Dank aussprechen und Ihnen weiterhin viel Erfolg und Inspiration für Ihre wichtige Arbeit wünschen.

Mit freundlichen Grüßen

Meri Uhlig
Integrationsbeauftragte der Stadt Karlsruhe

Rückblick auf 25 Jahre - und wie geht es weiter?

Im April 1999 gründeten wir den Verein „Freunde für Fremde e. V.“. Wir, das waren zunächst ein paar Leute, die Erfahrung in Beratung und außerdem beobachtet hatten, dass Hilfsangebote für Geflüchtete, aber auch für andere Menschen, die als Fremde in unsere Stadt kamen, hier nicht ausreichend vorhanden waren. Bald konnten wir andere dazu begeistern mitzumachen. Wir nannten unseren Verein „Freunde für Fremde“, um deutlich zu machen, dass uns nicht nur Geflüchtete, sondern auch andere Fremde willkommen sind.

Die Säulen unserer Arbeit sollten sein:

- Beratung und Begleitung von Ratsuchenden
- Deutschunterricht für Gruppen und Einzelpersonen, die keinen Anspruch auf einen vom Staat finanzierten Sprachkurs haben oder auf einen solchen warten
- Kontakt und Zusammenarbeit mit ausländischen und deutschen Gruppen, die in der Integrationsarbeit tätig sind
- Aufbau einer vertrauensvollen Zusammenarbeit mit Behörden
- eine gezielte Öffentlichkeitsarbeit.

Neben der notwendigen Professionalität ist uns vor allem die menschliche Zuwendung wichtig.

Um mit unserer Arbeit möglichst flexibel und unabhängig zu sein, arbeiten wir unbezahlt und finanzieren unsere Arbeit durch Mitgliedsbeiträge, Spenden und Benefizveranstaltungen. Seit einigen Jahren erhalten wir dankenswerterweise einen jährlichen Zuschuss von der Stadt. Räume für unsere Arbeit konnten wir im Internationalen Begegnungszentrum anmieten, wo uns eine vertrauensvolle Zusammenarbeit mit der Leitung des Hauses und dem IBZ-Team verbindet.

Und wer sind nun die Menschen, die zu uns kommen und Hilfe suchen? Hier wird deutlich, dass sich in unserer Arbeit die Krisengebiete der Welt widerspiegeln. So waren es anfangs vor allem Bürgerkriegsflüchtlinge aus dem zerfallenden Jugoslawien, darunter viele traumatisierte Frauen. Ihnen hat sich vor allem in beispieleloser Weise

unsere – inzwischen leider verstorbene – Kollegin Heidi Meier-Menzel angenommen, unterstützt von der Leiterin des Zentrums für Folteropfer in Karlsruhe, Dr. Uta Klee. Auch viele Menschen aus Eritrea suchten damals bei uns Rat.

Für die Bürgerkriegsflüchtlinge aus dem ehemaligen Jugoslawien gab es bald ein neues Problem: die Bundesregierung beschloss die Rückführung in ihre inzwischen angeblich befriedeten Heimatländer. Dort standen sie aber meistens vor dem Nichts, während sie hier als oft schon gut integrierte Arbeitskräfte nötig gewesen wären. Für sie engagierte sich besonders unser Kollege Udo Dreutler mit Spendensammlungen und Rückführungstransporten, die er oft selbst begleitete. Seine besondere Zuwendung galt dabei der diskriminierten Minderheit der Roma.

Neue Geflüchtete kamen nach Karlsruhe und stellten neue Anforderungen an das Beratungsteam: Menschen aus dem Irak, dem Iran, Afghanistan und den verschiedenen Regionen Afrikas. Zunächst waren es sehr viele Kurden aus dem Nordirak, die von Saddam Hussein aus ihren angestammten Gebieten vertrieben wurden, die Vernichtung dieses autonomen Volkes war sein Ziel. Erinnerung sei hier an die verheerenden Giftgasangriffe, bei denen Abertausende ums Leben kamen.

Nach dem Sturz von Saddam begann die Verfolgung religiöser Minderheiten wie Christen und Jesiden. Zu uns kamen überwiegend irakische Christen. Viele der nach Europa geflohenen Kurden kehrten in den Folgejahren in ihre Heimat zurück und halfen beim Wiederaufbau ihres total zerstörten Landes mit. Kontakte mit einigen von ihnen blieben lange bestehen.

Ein weiterer Kreis Hilfesuchender waren ausländische Frauen, die einen deutschen Mann geheiratet hatten und in deren Ehen es zu kulturellen Gegensätzen und/oder Gewalt kam.

Wenn sie sich trennten, entfiel oft ihr Bleiberecht und die Diskriminierung geschiedener Frauen in ihrem Herkunftsland machte eine Rückkehr unmöglich. Unser Mitglied

Rechtsanwalt Franz Hoss war für diese Probleme von großer Hilfe. Dazu kamen auch immer wieder deutsche Frauen, die ausländische Partner heiraten wollten und hierbei um unsere Beratung baten. Auch ausländische Studierende suchen oft Rat und Hilfe bei uns.

Während all dieser Jahre bemühten sich unsere Deutschlehrkräfte, Menschen, die oft keinerlei Schulbildung hatten, auch unsere Schrift nicht lesen konnten, wenigstens ein paar Grundkenntnisse Deutsch beizubringen.

Eine besondere Herausforderung, aber auch eine besondere Erfahrung von Hilfsbereitschaft in unserer fünfundzwanzigjährigen Geschichte stellte das Jahr 2015 dar. Zunächst erreichte uns ein Hilferuf aus der Autonomen Region Kurdistan, Die Kurden, selbst nur knapp 6 Millionen, hatten 1,5 Millionen syrische Geflüchtete aufgenommen und mussten sie versorgen. Es fehlte vor allem an Medikamenten und warmer Kleidung. Wir sammelten warme Kleidung und Spenden für Medikamente und Medizinisches Gerät. Unterstützt wurden wir dabei von vielen Einzelpersonen und der Stadt Karlsruhe. Dank der Kontakte unseres Vereinsmitglieds Dr. Rüdiger Schwenke half auch das Städtische Klinikum und wir konnten Transporte in die Flüchtlingslager des Nordiraks organisieren.

Dann kam die große Zahl syrischer Geflüchteter in unsere Stadt und es entstanden mehrere neue Erstaufnahmeunterkünfte. Dort gab es keinerlei Infrastruktur, nie Beratung, Beschäftigung für Kinder (in die Schule durften sie nicht gehen) oder Angebote zum Deutschlernen. Das einzige Personal dort war die meist sehr freundliche Security. So begannen wir mit Betreuungsprojekten in der Hermann-Leichtlin-Straße und in der Delawarestraße. Unterstützt wurden wir dabei durch Mittel vom Sozialministerium, vor allem aber durch die große Zahl freiwillig Helfender und vielfältiger privater Spenden. Weitere Initiativen

dieser Art entstanden schnell in ganz Karlsruhe.

Bald wurden die Unterkünfte wieder geschlossen, die Geflüchteten wurden ins Umland verteilt und unsere Arbeit kam zu ihrer Grundstruktur zurück. 2019 feierten wir unser zwanzigjähriges Jubiläum (siehe Jahresbericht 2019). – Und dann kam Corona. Eine Arbeit wie die unsrige, die von Gespräch und Begegnung lebt, war von Kontaktverboten natürlich besonders betroffen. Wir versuchten mit Telefonsprechstunden und Deutschunterricht am Telefon unsere Arbeit aufrecht zu erhalten, wie es eben ging. Als die Situation sich normalisierte, konnten wir wieder in gewohnter Weise arbeiten.

Und sonst? Wie blicken wir in die Zukunft? An die neue Regierung haben wir positive Erwartungen geknüpft, sehen auch z. B. im Chancenaufenthaltsgesetz (s. S. 10) einen Schritt in die richtige Richtung. Die Integration durch Hinführung zu Ausbildung und Arbeit junger Zugewanderter wird durch dieses Gesetz ermöglicht.

Durch die Gewinnung einer neuen Kollegin mit Kompetenz und langjähriger Erfahrung in der Arbeitsverwaltung kann unser Verein dem erhöhten Beratungsbedarf gerecht werden. Auch das kommende Einbürgerungsgesetz wird möglicherweise neuen Beratungsbedarf wecken.

Sehr besorgt machen uns allerdings Überlegungen, die Asylverfahren in andere Länder auszulagern, die Abschiebehafte zu verlängern und dabei der Polizei mehr Kompetenzen einzuräumen sowie immer mehr Länder zu sicheren Herkunftsländern zu erklären. Die große Zahl der Demonstrationen für Demokratie und gegen Fremdenfeindlichkeit zeigt uns aber, dass wir mit unserer Arbeit in dieser Gesellschaft viele Verbündete haben.

Gertud Stihler
Heidi Heger
Dr. Françoise Hammer

Karlsruhe, eine Stadt der Migration

Die Geschichte von Karlsruhe ist eine Migrationsgeschichte, denn Karlsruhe ist eine Stadt, in der es von Anbeginn nur Fremde gab, die ihre Heimat verlassen hatten, um ein neues Zuhause zu finden.

Seine Anfänge liegen in einem wirtschaftlichen Plan des Landesherrn Markgraf Karl Wilhelm, der nach den Jahrzehnten der Kriege seiner kleinen Markgrafschaft Baden-Durlach wieder einen Aufschwung ermöglichen wollte. Dafür gründete er eine neue Stadt auf dem Gelände des großen Hardtwaldes. Den Anfang machte der Plan für einen Schlossbau, an den sich eine Stadt anschmiegen sollte. Dafür aber brauchte der Markgraf Menschen, die es auf sich nahmen, ihre Heimat zu verlassen, um im Wald zu siedeln. Darum erließ er schon am 17. Juni 1715, lange vor Fertigstellung des Schlosses, einen Privilegienbrief, d. h. einen Brief, mit dem er den Menschen, die ihm in den Wald folgten, Rechte und Privilegien versprach, darunter die Religionsfreiheit. D. h. er gewährte den Karlsruher Neubürgern Freiheiten und Rechte, die sie andernorts nicht vorfanden.

Bis heute ist die Religion häufig der Grund für Menschen. Zur Zeit der Stadtgründung waren davon vor allem Menschen jüdischen Glaubens betroffen. Aber auch Protestanten konnten damals gewöhnlich nicht in katholischen Gegenden mit gleichen Rechten leben und Katholiken nicht in protestantischen. Welche Religion jeweils vorherrschte, bestimmte der jeweilige Landesherr. Markgraf Karl Wilhelm war evangelisch, aber in seiner neuen Stadt waren auch Katholiken als Bürger willkommen und Juden geduldet. Die männliche Form wird verwendet, weil die Rechte fast ausschließlich für Männer galten, deren Familien allerdings auch Aufnahmen fanden.

Schon lange vor der Gründung der Stadt Karlsruhe waren religiös verfolgte Menschen in den heutigen Karlsruher Stadt- raum geflohen. So gründeten 1701 aus Frankreich vertriebene Hugenottenfamilien den Ort Palmbach - ein Weg mit historischen Tafeln erinnert seit 2015 daran. Menschen jüdischen Glaubens hatten vor 1715 in der Stadt Durlach und in anderen heute

zu Karlsruhe gehörenden Dörfern als Schutzbürger immer mal wieder ein Zuhause gefunden, allerdings konnten sie nie sicher sein, nicht wieder vertrieben zu werden.

Karlsruhe wuchs im Laufe des 18. Jahrhunderts durch Zuwanderung – dabei handelte es sich vorrangig um Arbeitsmigranten aus dem näheren Umland, d.h. aus der Markgrafschaft, aus Württemberg, aus dem benachbarten Elsass und vereinzelt aus weiter entfernten Gegenden wie Polen oder Ungarn. Zunächst mussten die Hofbeamten nach Fertigstellung des Schlosses von Durlach nach Karlsruhe ziehen, ab 1771, nach dem Zusammenschluss mit der katholischen Markgrafschaft Baden-Baden, kam das Beamtentum aus Baden-Baden hierher und die Zahl der Katholiken nahm weiter zu.

Im 18. Jahrhundert verfolgten viele Landesherren die Strategie, durch Förderung der Zuwanderung den Wohlstand des Landes zu heben. Das führte dazu, dass es auch in Karlsruhe in den Jahrzehnten nach der Stadtgründung immer wieder Menschen gab, die den Lockungen anderer Herren / Länder folgten. Spanien war z. B. in der 2. Hälfte des 18. Jahrhunderts ein Land, das um Einwanderungswillige warb. Doch lag im 18. Jahrhundert die Zahl der Auswandernden nie über 1 % der Gesamtbevölkerung der Stadt.

In Frankreich begann im Sommer 1789 die Revolution, die den König und seine Frau die Köpfe kostete, Napoleon an die Macht brachte und zahlreiche europäische Kriege auslöste. Erneut kamen viele Menschen in die Stadt, diesmal aus dem benachbarten Frankreich, die zunächst vor den Verfolgungen durch die Revolutionäre flohen, aber nur einige Jahre blieben. Mit Napoleons Besatzung bzw. mit den von ihm eingesetzten oder unterstützten Landesherren – darunter der badische Großherzog - setzte sich eine neue moderne Gesetzgebung durch, die im Code civil festgelegten Zivilrechte, die auch in Baden galten und bis heute wesentliche Grundlagen unserer Rechtsordnung darstellen.

In der Zeit der napoleonischen Kriege und Übermacht wuchs in den deutschen Ländern, diesem Vielstaatenkonstrukt, der Wunsch nach einer deutschen Nation, der einherging mit einer neuen Ablehnung der jüdischen Minderheit. Diese nämlich hatte mit Napoleon neue Rechte erlangt. Sich gegen diese neuen Rechte zu stellen hieß zugleich Napoleon abzulehnen und die deutsche Nation zu fordern. Auch in Karlsruhe fanden diese neuen Ideen, die auch noch lange nach Napoleon Verbreitung fanden, Anhänger. Im August 1819 wurden bei den so genannten „Hepp Hepp Stürmen“ die Häuser jüdischer Familien angegriffen, nur das schnelle Eingreifen des Stadtkommandanten und des Militärs beendete die Ausschreitungen.

Nach Napoleons Niederlage und nach Errichtung eines restaurativen Europas autoritärer Landesherren, die trotz aller neuen Verfassungen wesentliche Freiheitsrechte einschränkten, z. B. die Pressefreiheit, sahen sich Menschen auch in Karlsruhe gezwungen, ihre Heimat zu verlassen.

Zudem herrschte in den ersten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts, u. a. durch Fehlernten, Kartoffelfäule und Mutterkorn Lebensmittelknappheit und Armut. Nun erschien vor allem Amerika als ein ersehntes Ziel. Zahllose Auswandererschiffe machte sich von Le Havre, Antwerpen, Hamburg oder Bremerhaven auf den Weg über den atlantischen Ozean. Das war für die Schiffseigner und Vermittler ein lohnendes Geschäft. So entwickelte der aus Karlsruhe stammende und zeitweise in Le Havre lebende Gustav Obermüller die Geschäftsidee, dass Menschen schon im Badischen, in Karlsruhe, eine Schiffspassage kaufen konnten, so dass sie, wenn sie in Le Havre ankamen, sicher sein konnten, einen Platz auf einem Schiff zu erhalten. Doch nicht nur Wirtschaftsmigranten, auch politisch Verfolgte gingen in dieser Zeit in die Fremde, denn wer in Karlsruhe bzw. im Großherzogtum Baden demokratische Ideen vertrat, wurde verfolgt.

Gustav Obermüller kehrte nach Durlach zurück und wurde – wie auch seine Ehefrau Henriette Obermüller - in der Revolution von 1848 / 49 zu einem überzeugten Verfechter der sozialen Republik und

Demokratie. Nach Niederschlagung der Revolution bezahlte er dies mit einem jahrelangen Gefängnisarrest, viele andere Anhänger und Anhängerinnen der demokratischen Revolution flüchteten vor den neuen Machthabern ins Ausland und hofften dort eine freundliche Aufnahme zu finden. Amerika war ein begehrtes Ziel, und die sogenannten forty-eighters sind dort in manchen Gegenden bis heute ein Begriff.

In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts - ab 1871 gehörten Elsass und Lothringen zum deutschen Reich, Karlsruhe war nun nicht mehr Grenzstadt – erreichten im Gefolge der Ansiedlung bedeutender Fabriken große Gruppen von Arbeitsmigranten die Stadt. Durch diese Zuwanderung wuchs die Stadt und erreichte einen vorher nicht gesehenen Wohlstand. Die Eisenbahn erleichterte die Anreise, neue Wohnviertel entstanden, aber auch eine neue Armut wuchs in den Arbeitsvierteln. Die Kommunalpolitik reagierte darauf durch die Einrichtung neuer Behörden und Kommissionen, deren Aufgabe es war, Missstände anzugehen. Es wurden Bezirksarztstellen geschaffen und Armuts-, Wohnungs- und Kinderschutzkommissionen gegründet, eine staatliche Gewerbeaufsicht nahm ihre Arbeit auf und zahlreiche Ehrenamtliche, nun auch verstärkt Frauen, kümmerten sich um die Neuankömmlinge und in Armut Lebenden.

Karlsruhe wurde in den Jahrzehnten vor 1914 auch in wachsendem Maße eine Stadt der Bildungsmigration – das Polytechnikum, die Gewerbeschule und das Mädchengymnasium (das erste seiner Art im deutschen Kaiserreich) zogen Menschen in die Stadt. Auch das von auswärts hierher kommende Beamtentum und die militärischen Garnisonen brachten Fremde hierher.

Der erste Weltkrieg beendete diese für Karlsruhe wirtschaftlich prosperierende und damit glückliche Epoche. Deutschland verlor Elsass-Lothringen, Karlsruhe war wieder Grenzstadt, Inflation und eine schrumpfende Wirtschaft, wachsender Nationalismus, damit einher gehender Antisemitismus und eine weit verbreitete Demokratiefeindlichkeit beengten die Lebensverhältnisse und das Glück in der Stadt. Mit

der Herrschaft der Nationalsozialisten wurden die Verfolgung politisch Andersdenkender, Fremdenfeindlichkeit, Judenhass, Abwertung von Sinti und Roma und Verachtung von kranken Menschen alltäglich. Politische Widerstandskämpfer und -kämpferinnen wurden verhaftet, gefoltert und oft ermordet. Gegner und Gegnerinnen des Nationalsozialismus flohen ins Ausland auf der Suche nach Asyl. Die jüdischen Menschen oder die, die die Nazis dafür hielten, wurden vertrieben, deportiert und umgebracht. Das war zunächst das Ende jüdischen Lebens in der Stadt. Das digitale und analoge Gedenkbuch für die Karlsruher Juden und die Stolpersteine in den Straßen erinnern an die ermordeten ehemaligen Bürger und Bürgerinnen, Jugendlichen und Kinder dieser Stadt.

Während des 2. Weltkriegs wurden Kriegsgefangene, Zwangsarbeiter und -arbeiterinnen aus Polen, Russland und anderen Ländern aus Europas Osten hierher verschleppt, um in den Fabriken zu arbeiten. Am Gebäude des Hallenbaus A der ehemaligen Munitionsfabrik, das heute die städtische Galerie, das ZKM und die HfG beherbergt, erinnert seit 1997 eine große bronzene Tafel an das Schicksal dieser verschleppten und ausgebeuteten Menschen.

Nach dem Ende des 2. Weltkriegs und nach der Befreiung vom Nationalsozialismus lebten die Karlsruherinnen und Karlsruher in einer zerstörten Stadt, die in den folgenden Jahrzehnten wieder aufgebaut wurde. Großen Anteil an diesem Wiederaufbau hatten auch die Kriegsvertriebenen und Geflüchteten aus den östlichen ehemals deutschen Gegenden oder aus den Ländern, in denen seit Jahrhunderten auch Deutsche gelebt hatten. Diese trafen oft nicht auf die Freundlichkeit der hier Beheimateten in einer Stadt, die ohnehin unter großer Wohnungsnot angesichts der Kriegszerstörungen litt. Doch wurden die Neuankömmlinge – auch begünstigt durch den Lastenausgleich und das so genannte Wirtschaftswunder – nach und nach in die Stadtgesellschaft integriert. Später fanden die sogenannten „Spätaussiedler“ aus den Ländern der ehemaligen UdSSR bzw. aus deren Einflussbereich Aufnahme in Karlsruhe. Für diese Menschen war die Integration in die deutsche Gesellschaft eine

Herausforderung, die oft mit mangelnden deutschen Sprachkenntnissen begann.

Bis in die 1990er Jahre lebten zudem stationierte amerikanische Soldaten und ihre Familien in Karlsruhe. Der in diesem Zusammenhang entstandene internationale Frauenclub organisiert bis heute den Pfenigbasar.

Seit den späten 50er und den 60er Jahren erreichten mit den verschiedenen Anwerbeabkommen ausländische Wirtschaftsmigranten aus Italien, Griechenland, Spanien, dem ehemaligen Jugoslawien und der Türkei die Stadt, die meist männlichen so genannten Gastarbeiter, die zunächst in Sammelunterkünften untergebracht wurden und erst nach und nach Teil der Karlsruher Gesellschaft werden konnten. Anfangs erwarteten sie und auch die Deutschen, dass sie wieder in ihr Heimatland zurückkehren würden, aber viele blieben und holten ihre Familien nach. Sie brachten ihre Geschichten, Sprachen, Gewohnheiten, Sitten, Kochrezepte, Kleidungsstile und Lebensgewohnheiten mit und trugen nicht unwesentlich zum Wohlstand der Stadt bei.

Nun wurde Karlsruhe endgültig eine internationale Stadt. Auch die Technische Hochschule/ Universität (heute KIT), die Hochschule, die neuen IT-Wirtschaftszweige, die Hochschule für Musik, das ZKM und die Kunstinstitutionen usw. beförderten die Internationalisierung des Stadtlebens.

Heute ist nur noch eine Minderheit der hier Wohnenden in Karlsruhe geboren. Dies entspricht einer Entwicklung in fast allen Städten und Großstädten in Deutschland. Vor allem für die aus dem nicht-deutschsprachigen Raum Kommenden ist es oft schwer, sich in dem neuen Zuhause zu beheimaten. Darauf antwortet bundesweit und auch in Karlsruhe die so genannte Integrationspolitik, es entstand der inzwischen eher umstrittene Begriff „Menschen mit Migrationshintergrund“.

Seit den Kriegen auf dem Balkan in den 1990er Jahren erreichen verstärkt Menschen die Stadt, die vor Kriegen fliehen. 2015 / 16 kamen Tausende, die der Krieg in Syrien vertrieb, seit 2 Jahren sind es

wächst die Erkenntnis, dass die Neuankömmlinge wesentlich zum Prosperieren der Stadt beitragen.

Vor allem zeigt sich, dass es in Karlsruhe ein breites gesellschaftliches Engagement gibt, Hilfe zu leisten, Unterstützung zu geben, Fremde als Freunde aufzunehmen und eine Willkommenskultur zu leben. Dazu zählt seit 25 Jahren der Verein „Freunde für Fremde“. Vor dem Hintergrund der Geschichte der Stadt Karlsruhe als Migrationsstadt ist dies die einzig angebrachte Antwort auf die Ankunft Fremder.

Dr. Susanne Asche

Die aktuelle Asyl- und Migrationspolitik – die Janusköpfigkeit Basis unserer Arbeit

Dreißig Jahre nach dem sogenannten „Asylkompromiss“ von 1993 ist erneut eine heftige Debatte zum Thema Flucht und Migration entbrannt. Sowohl auf europäischer als auch auf nationaler, Landes- wie kommunaler Ebene mehren sich Forderungen nach einer Begrenzung der Zuwanderung von Migrant*innen und insbesondere Geflüchteter. So werden infolge einer allgemeinen Diskursverschärfung die Grund- und Menschenrechte von Flüchtlingen eingeschränkt oder gar de facto abgeschafft. In der aktuellen Diskussion werden sie als „irreguläre“ oder „illegale“ Migrant*innen bezeichnet, obwohl es kaum legale Fluchtwege gibt und Flüchtlingen das Recht zusteht, zur Suche nach Schutz staatliche Grenzen zu überqueren.

Andererseits hat die Bundesregierung seit Mitte 2023 diverse Gesetze mit Änderungen im Bereich Asyl und Aufenthalt auf den Weg gebracht. Dazu zählt beispielsweise das Fachkräfteeinwanderungsgesetz. Hier haben sich u.a. etliche Neuerungen im Bereich Arbeit und Ausbildung ergeben. Die Modernisierung des Staatsangehörigkeitsgesetzes gehört dazu sowie das Chancen-Aufenthaltsrecht.

Das Chancen-Aufenthaltsrecht

Seit dem 31.12.2022 gilt das Chancenaufenthaltsrecht (§ 104c AufenthG). Endlich können Geduldete, die bis zum 31.10.2017 eingereist sind, weitgehend straffrei sind und sich zur freiheitlichen, demokratischen Grundordnung bekennen, eine Aufenthaltserlaubnis auf Probe bekommen. Diese ist 18 Monate gültig.

Im Besitz eines Chancen-Aufenthaltsrechts gilt:

- Die Familienangehörigen der **Kernfamilie**, die mit in einer Wohnung wohnen, **bekommen auch dann eine Chancen-Aufenthalts-erlaubnis**, wenn sie noch keine 5 Jahre in Deutschland leben.
- Man erhält eine **Beschäftigungserlaubnis**, falls man nicht schon erwerbstätig ist.
- Wenn man auf staatliche Hilfe angewiesen ist, erhält man jetzt

Leistungen nach dem SGB II („Bürgergeld“) und nicht mehr nach dem Asylbewerberleistungsgesetz.

In den 18 Monaten, während des Chancen-Aufenthaltsrechts, muss folgendes erreicht werden, um eine dauerhafte Bleibeperspektive in Deutschland zu erhalten:

- Sie müssen hinreichende **mündliche Deutschkenntnisse** (A2-Niveau) nachweisen sowie
- die überwiegende eigenständige **Lebensunterhaltssicherung muss durch Erwerbstätigkeit** nachgewiesen werden.
- Sie müssen ihre **Identität klären**.

Das Chancen-Aufenthaltsrecht (§104c AufenthG) ist nicht verlängerbar, aber hoffentlich erfüllt man dann die Voraussetzungen für eine andere Aufenthaltserlaubnis (§§ 25a, 25b AufenthG).

Parallel dazu gibt es weitere Änderungen bei der Aufenthaltserlaubnis für Jugendliche und junge Volljährige nach **§ 25a AufenthG**. Diese können nun 14 bis 26 Jahre alte Menschen erhalten, die sich unter anderem seit mindestens drei Jahren im Bundesgebiet aufhalten. Allerdings müssen sie ein Jahr vor Erteilung eine Duldung gehabt haben.

Auch die Aufenthaltserlaubnis bei „nachhaltiger Integration“ nach **§ 25b AufenthG** wurde geändert. Hier wurden die Voraufenthaltszeiten auf sechs (Alleinstehende) bzw. vier (Familien) Jahre reduziert.

Fachkräfteeinwanderungsgesetz

Das Fachkräfteeinwanderungsgesetz ist ein in Deutschland verabschiedetes Gesetz, das am 1. März 2020 in Kraft getreten ist

Am 23. Juni 2023 hat der Bundestag das Gesetz zur Weiterentwicklung der Fachkräfteeinwanderung beschlossen und der Bundesrat hat auch bereits zugestimmt. Sein Hauptziel besteht darin, die Einwanderung qualifizierter Fachkräfte aus dem Ausland – insbesondere aus Nicht-EU-Ländern – zu erleichtern und somit die

Fachkräftesicherung in Deutschland zu stärken. Aber es gibt auch Schnittmengen für Personen, die als Asylsuchende nach Deutschland gekommen sind. Unter anderem:

- Die Ausbildungsduldung wird zu einer Aufenthaltserlaubnis (§ 16g AufenthG). Inkrafttreten: 1.März 2024. Hier gibt es noch massive Kritikpunkte, da u.a. die Lebensunterhaltssicherung der Auszubildenden als Voraussetzung hinzugekommen ist, was für viele ein Ausschlussgrund sein wird (v.a. für Auszubildende in der Pflege). Es besteht Hoffnung, dass die Bundesregierung dies in anderen Gesetzesvorhaben im Herbst abändern wird.
- Spurwechsel für vor März 2023 eingereiste Fachkräfte im Asylverfahren: Die Rücknahme eines Asylantrags sperrt nicht die Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis zum Zweck der Erwerbstätigkeit, wenn die Voraussetzungen dafür vorliegen. Ein Visumsverfahren muss nicht nachgeholt werden (§ 10 Abs. 3 AufenthG).
- Aufenthaltserlaubnis nach § 19d AufenthG nun auch für Personen, die eine nach bundes- oder landesrechtlichen Vorschriften geregelte, staatlich anerkannte Ausbildung in einer Pflegehilfstätigkeit absolviert haben. Inkrafttreten: 1.März 2024

Das Fachkräfteeinwanderungsgesetz eröffnet qualifizierten ausländischen Fachkräften, unabhängig von ihrer Nationalität, die Möglichkeit, eine Beschäftigung in Deutschland zu suchen und zu finden. Darüber hinaus enthält es Maßnahmen zur Förderung des Integrationsprozesses, wie beispielsweise eine **beschleunigte Anerkennung** ausländischer Abschlüsse und die Unterstützung beim **Deutschlernen**.

Einbürgerungsgesetz

Das Hauptziel der Gesetzesänderungen ist es, Ausländern, die langfristig in Deutschland leben möchten und sich zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung bekennen, eine vollständige Teilnahme am

gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen. Wichtige Punkte des neuen Gesetzes sind:

Schnellere Einbürgerung

Die Modernisierung sieht Möglichkeiten zur schnelleren Einbürgerung vor. Dies dient als weiterer Anreiz für eine schnelle Integration und ermöglicht es, die Voraussetzungen der Einbürgerung früher zu erfüllen. Zunächst wurde die Frist für die Einbürgerung deutlich verkürzt. Wo man früher 8 Jahre rechtmäßig in Deutschland leben musste, um die deutsche Staatsangehörigkeit beantragen zu können, sind es jetzt nur noch 5 Jahre respektive 3 Jahre bei besonderen Integrationsleistungen. Diese Änderungen öffnen vielen Menschen, die in Deutschland ein neues Zuhause gefunden haben, schneller die Tür zur vollständigen gesellschaftlichen Anteilnahme.

Zulassung der doppelten Staatsbürgerschaft

Ein entscheidender Aspekt der Modernisierung ist die generelle Zulassung der Mehrstaatigkeit. Viele in Deutschland lebende Ausländer möchten ihre bisherige Staatsangehörigkeit nicht aufgeben, da sie sich auch mit ihrem Herkunftsland verbunden fühlen. Die Integration in die deutsche Gesellschaft wird dadurch nicht gehemmt, sondern durch Aspekte wie Sprachkenntnisse, Bildung, berufliche Eingliederung, die Fähigkeit, den Lebensunterhalt selbst zu bestreiten, gesellschaftliche Teilhabe, bürgerschaftliches Engagement sowie staatsbürgerliche Kenntnisse und ein Bekenntnis zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung unterstützt.

Das im Januar 2024 beschlossene sogenannte Rückführungsverbesserungsgesetz soll dafür sorgen, dass Menschen ohne Bleiberecht Deutschland schneller verlassen müssen. So schließt sich der Bogen von Gesetzen, die die Einwanderung erleichtern und solchen, die diese nicht nur verhindern, sondern die der Ausgrenzung, Abschreckung und Abschiebung Geflüchteter dienen. Wir versprechen, wir machen weiter mit unserer Beratung, die Geflüchtete unterstützt durch Beratung und durch Hinführung zum Arbeitsmarkt.

Marion Schuchardt

Wie effizient ist Beratung in einem gemeinnützigen Verein – in einfacher Sprache: ein Weg hin zu einem Leben ohne öffentliche Leistungen

25 Jahre Beratung bei Freunde für Fremde, im Wandel der Zeit und der Gesetzgebung, nun aktuelle Fragen von 2023

Beratungssituationen nacherzählt:

- Junger Mann aus ?.....Er kam als UMA, unbegleiteter minderjähriger Ausländer, vor acht Jahren nach Deutschland. Wird von der Jugendhilfe in Obhut genommen, geht zur Schule in eine VABO Klasse (Vorbereitungsklasse an beruflichen Schulen), lernt Deutsch und macht in der VABR Klasse den Hauptschulabschluss.

Er ist freundlich, lernt gerne und sucht seine Zukunft in Deutschland. Was er auch sucht ist ein Dokument, nicht irgendeines, er sucht seine Geburtsurkunde.

Im Hilfeplangespräch erklärt er sein Interesse an einer Ausbildung, sein Betreuer in der Jugendhilfe vermittelt ihm Werte in Deutschland wie z. B. Ausbildung, Schulabschluss, Mülltrennung, Sport und vieles mehr. Er macht zuverlässig Praktika, informiert sich und kommt gut bei den Betrieben an.

Rechtlich ist er ausreisepflichtig, sein Asylantrag wurde abgelehnt, er hat eine Duldung. Eine Duldung zu haben bedeutet, mitwirken zu müssen bei der Klärung der Identität. Wo komme ich her, wer bin ich? Nicht das Wort zählt, sondern das Dokument. Dem jungen Mann war das bewusst, doch wo ist das wichtige Dokument?

Der Wechsel des Jugendhilfeträgers, damit verbunden der Wohnorte und natürlich auch der Zuständigkeiten, was normal ist, machte es ihm nicht leichter.

Da er eine Duldung hatte ist das Regierungspräsidium federführend für ihn zuständig und die untere Behörde, die Ausländerbehörde hält den Kontakt.

Zeitgleich endet die Jugendhilfe mit dem 21. Lebensjahr, ambulante Hilfe wird noch kurz gewährt, doch nun ist er auf sich

gestellt. Dass die Jugendhilfe endet, entspricht den Regularien.

Er ist ausreisepflichtig, soll mitwirken, ist überfordert und emotional verunsichert. Er hat mehr bewusste Zeit seines Lebens in Deutschland verbracht als in seiner Heimat.

Diesen jungen Mann durfte ich beraten, seine aktuelle Situation, Arbeitsverbot und Lebensmittelgutscheinen.

Mir ist klar um was es geht, mangelnde Mitwirkung in einer Eskalationsstufe. Er wurde wiederholt von der Ausländerbehörde bzw. dem Regierungspräsidium aufgefordert mitzuwirken, seinen Nationalitätenpass zu besorgen. Nur dazu bedarf es einer Geburtsurkunde. Er macht sich erneut auf deren Suche in seinen Dingen, die ihm eigen sind.

Beim nächsten Termin hat er sie glücklich in Händen. Bei einem Gespräch mit dem Regierungspräsidium, konnte ich diesem mitteilen, der Ausreisepflichtige möchte mitwirken, er übergibt das gewünschte Dokument der Ausländerbehörde mit Wissen des Regierungspräsidiums.

Nun war es möglich einen Termin bei der Botschaft der Heimatbehörde zu beantragen, um einen Pass zu bekommen.

Nun stimmte das Regierungspräsidium zu, das Arbeitsverbot wird aufgehoben, befristet bis zur Vorlage des Passes, die Lebensmittelgutscheine sind beendet, er bekommt Asylbewerberleistungen. Die Vorgehensweise des Regierungspräsidiums und der Ausländerbehörde dient der Transparenz, wer als abgelehnter Asylbewerber z.B.: nach einer Ausbildung über 3 plus 2 Jahren einen Aufenthaltstitel bekommen könnte.

Nun überschlagen sich die positiven Ereignisse, der junge Mann kann sich bei dem Betrieb, in dem sein Freund eine Ausbildung macht, vorstellen. Er ist voller Energie und Zuversicht. Schön dies mitzuerleben. Er machte ein Praktikum, mir war klar er würde es gut machen, er bekam seinen

Ausbildungsplatz in der Systemgastronomie. Eigene Ausbildungsvergütung, Wertschätzung, Teilhabe, die Zukunft vor Augen und mit den Papieren der Ausländerbehörde und des Regierungspräsidiums eine Ausbildung machen zu können, ohne Asylbewerberleistungen, stolz das Leben nun meistern zu können, erzählt er von seinen Aufgaben in der Ausbildung. Eine, wie ich meine positive Entwicklung, auch für unsere Gesellschaft.

Mir ist wichtig noch anzumerken, bestehende Gesetze schützen uns ALLE.

Die Schilderung dieser Beratungssituation ist kein Einzelfall, die Hinführung zum Arbeitsmarkt, weg von öffentlichen Leistungen, erleben wir wiederholt.

Noch ein Beispiel zur Hinführung auf den Arbeitsmarkt.

Eine junge Frau aus der Ukraine, sie kam vor Kriegsbeginn mit einem Visum für Au-pair nach Karlsruhe. Ihr Visum endete in wenigen Tagen, ihre Angst nach Hause zu müssen, um das Visum zu erneuern, war groß und für sie bedrohlich.

In der Zusammenarbeit mit der Ausländerbehörde bekam sie eine Aufenthaltserlaubnis nach Paragraph 24 Aufenthaltsgesetz, wie andere Ukrainer und Ukrainerinnen. Damit hatte sie Zugang zum allgemeinen Arbeitsmarkt und verdient nun ihren Lebensunterhalt.

In der Beratung begegnen uns Menschen, die aus ihrer Heimat ein anderes System der Arbeitsaufnahme kennen. Sie kennen Arbeit und Studium. Das Gut Ausbildung ist fremd, hat noch keinen Stellenwert. Es ist wichtig, ihnen diesen Stellenwert zu vermitteln, wenn junge Menschen in die Beratung kommen.

Die berufliche, gute Zukunft eines jungen Migranten, einer jungen Migrantin ist

besser mit einer dualen oder schulischen Ausbildung.

Es bedeute auch einen Mehrwert bei bestehendem Fachkräftemangel.

Dies immer wieder zu erklären ist notwendig, um den Zugang zum Arbeitsmarkt zielgerichtet angehen zu können. Eine berufliche Zukunft kann man planen, ob Zugewanderte persönlich Fuß fassen, weniger.

Beratung, die wir anbieten hat immer einen Mehrwert. Die Fragenden erhalten Antworten, praktische Hilfen, Anträge werde mit ihnen ausgefüllt. Anschreiben erläutert und mit zuständigen Stellen auch besprochen. Die Beratung überwindet Hürden und klärt Missverständnisse. Mein Fazit, sie erleichtert die Integration und das Miteinander.

Ein Beispiel gelungener Bemühungen, möchte ich nicht unerwähnt lassen.

Im Herbst vergangenen Jahres kam eine junge Frau aus Afghanistan mit einem Ausbildungsvisum am Frankfurter Flughafen an. Sie konnte mit ihrer Ausbildung beginnen, sie lebt hier in Karlsruhe und hat eine sowohl berufliche als auch persönliche Perspektive, die ihr Heimatland ihr nicht mehr bieten kann. Den Grundstein dafür, wurde in der guten Bildung vor Machtergreifung der Taliban in ihrer Heimat gelegt.

Die ehrenamtliche Arbeit bei Freunde für Fremde ist komplex, die Beratung vielfältig und für den/die Betroffenen manchmal sprichwörtlich wegweisend.

Mein Bericht darüber ist ein Blitzlicht, ein Eindruck. Ihre Vorstellungskraft ist groß genug, um daraus ein Bild entstehen zu lassen.

Angelika Steffen

Deutschunterricht individuell

In den letzten Jahren gebe ich vor allem Einzelunterricht und passe dabei die Vermittlung von Deutschkenntnissen den jeweils sehr unterschiedlichen Lebenssituationen an. Da war zum Beispiel der angehende Mediziner mit türkischen Wurzeln, der bis zur Invasion Russlands in der Ukraine studiert hatte und nun darauf hoffte, dass sein erreichter Ausbildungsstand in Deutschland anerkannt würde. Er besuchte einen Kurs, für den er jeweils anhand einiger Grunddaten bei einer fiktiven Visite dem Chefarzt die Krankengeschichte eines Patienten präsentieren musste. Dabei lernte ich einiges über Medizin und verbesserte seine Grammatikkenntnisse. Dies zog sich einige Zeit hin, bis ein Bescheid kam, dass er nicht die nötigen Voraussetzungen nachgewiesen habe, um die angestrebte Stelle eines Arztes im Praktikum antreten zu können. Nach meinen Informationen gab er daraufhin seine Medizinpläne auf und suchte eine Arbeit, bei der er rasch Geld verdienen konnte.

Erfolgreicher verlief dagegen eine andere Betreuung. 2016 kam ein junger Afghane nach Karlsruhe. Die Familie lebte damals im Iran, ist dann später aber nach Afghanistan zurückgekehrt. Wie er zu seinen ersten Deutschkenntnissen kam, ist mir nicht bekannt. Interessant ist aber, dass man ihm eines Tages eine Lehrstelle als Koch angeboten hat. Koch ist einer der wenigen Ausbildungsberufe, die nicht einmal den Hauptschulabschluss als Zugangsvoraussetzung haben.

Wurde er bei seiner ersten Arbeitsstelle weitgehend als billige Arbeitskraft ausgenutzt, so änderte sich das nach einem Wechsel und man bildete ihn tatsächlich aus. Schwieriger verlief der Besuch der Berufsschule, die wenig auf migrantische Auszubildende Rücksicht nahm. Ich lernte den jungen Mann 2021 zwei Monate vor seiner

Abschlussprüfung kennen und musste feststellen, dass die Ausbildungsordnung für einen Koch auch sehr weitgehende Kenntnisse z.B. in Buchführung oder Kalkulation verlangte. Die Berufsschule war leider wenig kooperativ, man schickte mir z.B. keine älteren Prüfungsunterlagen und entsprechend ging die Prüfung auch daneben.

Fast ein Jahr später konnte er aber die Prüfung erneut ablegen, wir hatten nun eine längere Vorbereitungszeit, und diesmal schaffte er es. Heute arbeitet er als Koch in einem Karlsruher Restaurant.

In diesem Jahr unterrichtete ich eine junge Dame aus Moldawien. Sie hat dort das Abitur gemacht und will nun über den Weg B2-Prüfung - C1-Prüfung die Voraussetzungen für ein Studium schaffen. Da sie zugleich voll arbeitet, hat sie oft nur wenig Zeit. Angesichts ihrer raschen Auffassungsgabe wird sie aber die nötigen Abschlüsse sicher bewältigen. Mein zweiter Schüler kommt aus Georgien und strebt nun die B1-Prüfung an, auch er arbeitet, sodass wegen seiner unterschiedlichen Arbeitszeiten immer wieder Stunden ausfallen müssen. Für Menschen aus diesen Ländern in Osteuropa ist die Einreise oft einfacher, z.B. haben viele Moldawier auch einen rumänischen Pass und kommen damit als EU-Bürger. Sie finanzieren selbst den hier recht teuren Aufenthalt, haben aber dann wenig Zeit für eine weitere berufliche Qualifizierung.

Die Begegnung mit sehr unterschiedlichen jungen Menschen aus vielen Ländern ist für mich immer wieder eine Bereicherung und eine schöne Möglichkeit, auch im fortgeschrittenen Alter noch neue Erfahrungen zu machen.

Hans-Jürgen Kobus

Beratungen in Stutensee

Auf Grund meines Engagements in den Kirchengemeinden, gelegentlich auch in Haftanstalten und vermehrt in seelsorgerlichen Bereichen, habe ich nur noch wenig Kontakt zu Ausländern und Zuflucht-Suchenden.

Rege Verbindungen bestehen zu:

1. Familie M. aus Nigeria, nach der - Gott sei Dank - geglückten Familienzusammenführung, bestehend aus dem vollzeitig arbeitenden Herrn M., seiner auf eine künstliche Niere angewiesenen Ehefrau und ihren in einer dualen Ausbildung sich befindenden ausgezeichnet Deutsch sprechenden Sohn.

Da für den seit acht Jahren ununterbrochen in Karlsruhe vollzeitig arbeitenden Ehemann aufgrund eines formalen Fehlers die akute Gefahr der Ausweisung bestand, bin ich froh, dass u.a. nach einem Gespräch zwischen Dekan Dr. Reppenhagen und der Leitung des Ausländeramtes die Angelegenheit zugunsten der Familie bereinigt worden ist, so dass die ganze Familie weiterhin hierbleiben darf.

2. Rege Kontakte bestehen auch zu der Familie K. (Eheleute und sechs Töchter, davon eine schwer behindert), welche nach fünf Jahren geglückter Integration in Stutensee-Friedrichstal dennoch in den Kosovo zurückgeschickt worden ist. Die zu den Sinti und Roma gehörende Familie wird durch einen von Herrn Giesecke ins Leben gerufenen 'Helferkreis'

kontinuierlich materiell unterstützt, so dass sie in der Wohnung in Pristina bleiben kann. Darüber hinaus erfolgten Vorbereitungen, dass eine der gut Deutsch sprechenden Töchter eine Ausbildung im Raum Karlsruhe beginnen kann.

3. Verbindungen bestehen ebenfalls zu der aus Albanien stammenden jungen Familie T. (Eheleute und drei Kinder im Grundschul- und im Kleinkindalter), welche nach zwei Jahren der Zufluchtsuche in Stutensee-Friedrichstal 'freiwillig' ins Heimatland zurückgegangen ist. Diese Familie, die nunmehr vier Jahre in Straßburg wohnhaft ist, wird ab und an von mir aufgesucht; es ist zu hoffen, dass die Familie in Frankreich bleiben kann. Der Ehemann ist vor kurzem bei einem Arbeitsunfall aus dem dritten Stock eines Gerüsts auf die Straße gestürzt; er hat überlebt und darf wegen der Verletzungen gegenwärtig noch nicht wieder arbeiten.

4. Wöchentlich besuche ich eine aus der Ukraine geflohene Familie (Eheleute und zwei Töchter) in Karlsruhe-Neureut, welche in einem erstaunlichen Tempo die deutsche Sprache gründlich erlernt. Angesichts möglicher weiterer Geflüchteter aus dem Kriegsgebiet frische ich meine eingestaubten Russisch-Kenntnisse auf. Fast alle Ukrainer sprechen fließend Russisch.

Andreas Wellmer

Statistik der Beratungsarbeit

Land	Männer	Frauen	gesamt	Erstkontakte	Folgekontakte
Afghanistan	21	22	43	25	18
Deutschland	6	17	23	14	9
Syrien	14	7	21	19	2
Eritrea	13	7	20	10	10
Guinea	6	7	13	4	9
Türkei	6	6	12	7	5
Kamerun	5	6	11	3	8
Pakistan	5	5	10	2	8
Somalia	3	7	10	8	2
Nigeria	7	3	10	4	6
Kosovo	2	7	9	1	8
Gambia	7	1	8	6	2
Sri Lanka	7	0	7	2	5
Brasilien	0	7	7	6	1
Ukraine	2	5	7	3	4
Kuba	2	4	6	0	6
Russland	1	5	6	5	1
Italien	4	1	5	1	4
Iran	2	3	5	3	2
Albanien	3	2	5	0	5
Serbien	2	1	3	0	3
Mazedonien	3	0	3	3	0
Spanien	3	0	3	1	2
Thailand	0	3	3	2	1
Ägypten	1	1	2	2	0
staatenlos	0	2	2	1	1
Belarus	2	0	2	2	0
Libanon	2	0	2	1	1
Irak	1	1	2	2	0
Moldawien	0	2	2	2	0
Jemen	1	1	2	2	0
Peru	1	1	2	2	0
Tunesien	1	0	1	1	0
Kroatien	1	0	1	1	0
Japan	1	0	1	1	0
Madagaskar	0	1	1	1	0
Rumänien	1	0	1	1	0
Burkina Faso	1	0	1	0	1
Haiti	0	1	1	0	1
Algerien	1	0	1	1	0
Venezuela	0	1	1	0	1
Kolumbien	0	1	1	1	0
Palästina	1	0	1	1	0
Indien	1	0	1	1	0
Bolivien	0	1	1	1	0
Argentinien	0	1	1	1	0
Elfenbeinküste	1	0	1	1	0
Ungarn	1	0	1	1	0
Summe	142	140	282	156	126

Im vergangenen Jahr hat unser Verein in Karlsruhe und Stutensee insgesamt 282 Personen beraten und/oder in Deutsch unterrichtet, die Beratung betraf sowohl Frauen als auch Männer und ganze Familien.

Nicht notiert wurden zahlreiche Telefonate, die unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von zu Hause mit Klientinnen und Klienten geführt haben.

In der Tabelle werden die beratenen Klientinnen/Klienten und Deutschlernenden hinsichtlich ihrer Herkunftsländer aufgeteilt nach Männern und Frauen sowie Erst- und Folgekontakten dargestellt.

Die Besucherinnen und Besucher kamen aus 47 Ländern, 2 Besucherinnen waren staatenlos. Mit Männern wurden 142 und mit Frauen 140 Gespräche geführt. Von den 282 Kontakten waren 156

Erstkontakte, 126 Personen suchten uns mehrfach auf. Es zeigt sich oft, dass viele Fälle sehr zeitaufwändig sind, viele Klienten*innen kommen ein zweites Mal, andere noch öfter.

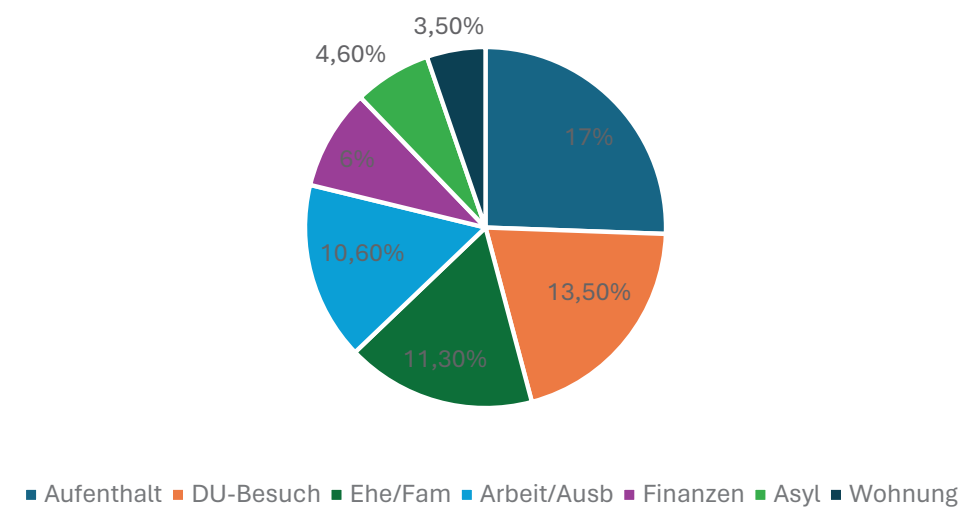
74,8 % der 282 Besucherinnen und Besucher kamen aus dem Stadtgebiet, 18,1 % kamen aus dem Landkreis und 7,1 % kamen von weiter her.

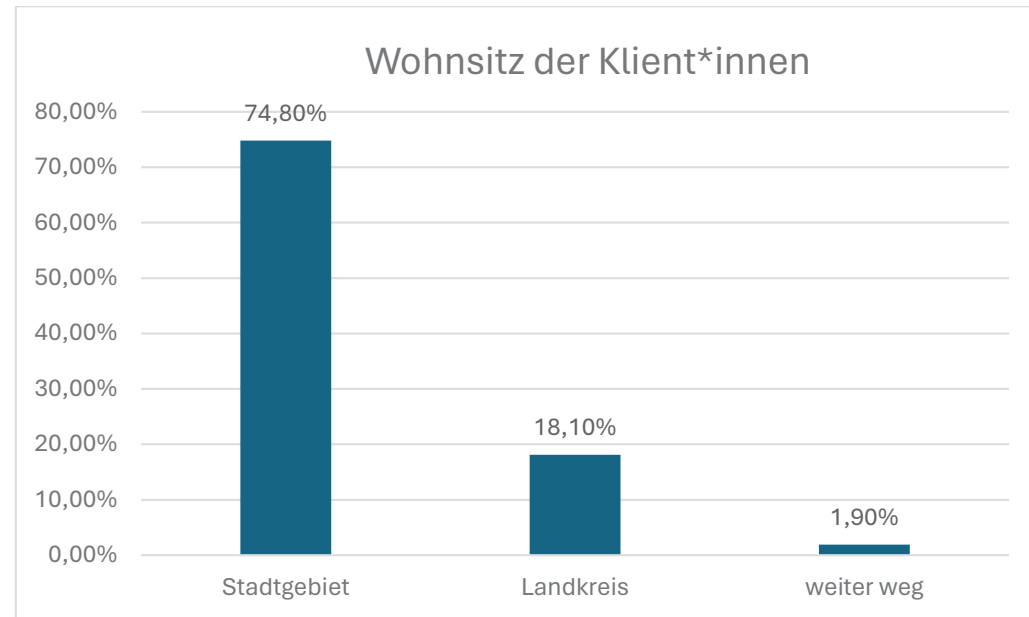
Das Hauptanliegen unter den Beratungswünschen war 2023 die Bitte um Unterstützung bei Problemen mit dem jeweiligen Aufenthaltsstatus. 17,2 % hatten dieses Anliegen. Dahinter kommt die Personen-Gruppe, die Deutsch lernen wollte mit 14,5

%. An dritter Stelle folgt die Anfrage nach ehe- und familienbezogenen Problemstellungen (12,2 %). An vierter Stelle der Beratungswünsche (11,5 %) stand die Anfrage wegen Unterstützung nach einer Arbeits- bzw. Ausbildungsstelle. Wegen Hilfe bei finanziellen Problemstellungen suchten uns 6,5 % auf.

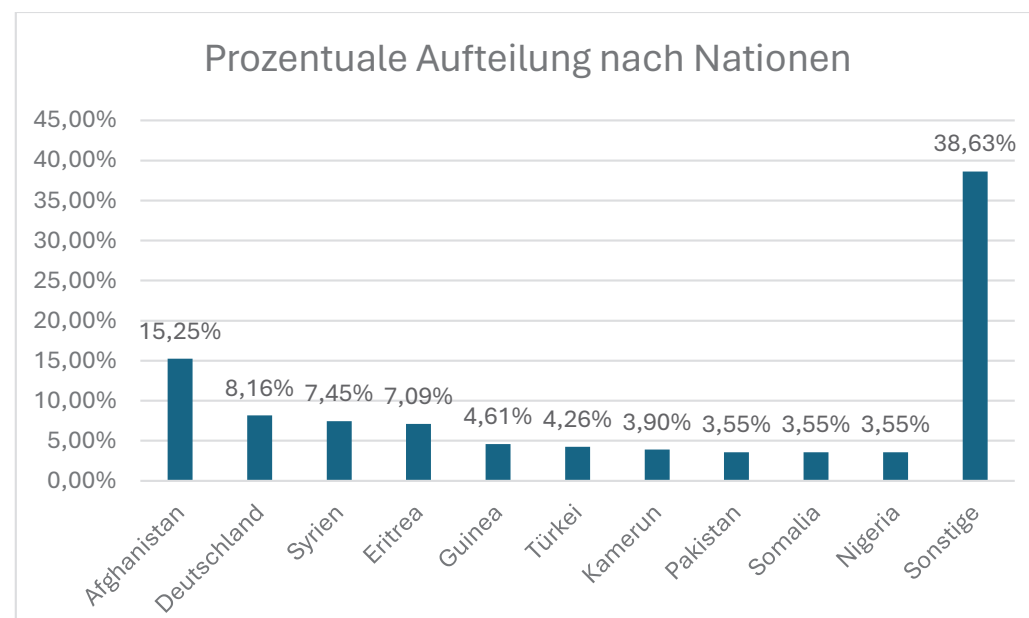
Dahinter folgt mit 5 % der Ratsuchenden die Suche nach Unterstützung bei Problemen des Asylverfahrens. Auch die Bitte um Unterstützung bei der Wohnungssuche (3,8 %) war ein Grund für die erbetene Beratung.

Prozentuale Aufteilung der Beratungswünsche





Das folgende Diagramm zeigt die prozentuale Aufteilung der Klient*innen nach den jeweiligen Nationalitäten:



Klaus Heckfuss

Gedanken einer jungen Kolumbianerin zum Thema Rassismus

Wenn wir über Rassismus reden, denken wir meistens, dass es so was nicht oder nicht mehr so ausgebreitet gibt. Leider ist das aber nicht der Fall. Es gibt immer noch genug Rassismus, den wir verhindern könnten – so genannten Alltagsrassismus, aber leider auch strukturellen Rassismus.

Immer bessere zivilgesellschaftliche und staatliche Initiativen beweisen, dass den meisten Menschen bewusst ist, was für ein großes Problem es ist, dass wir Menschen immer noch wegen ihrer Herkunft und Nationalität diskriminieren.

Wenn man Ausgrenzung, Fremdenfeindlichkeit oder Rassismus selbst noch nie sich gegenüber erlebt hat, kann man auch nicht nachvollziehen, was das wirklich bedeutet bzw. wie sich das im jeweiligen Moment anfühlt. Manchmal zeigt der Umgang mit einem dann aber auch die Unsicherheit und Hilflosigkeit anderen Kulturen gegenüber und ist an sich vielleicht gar nicht feindlich gedacht – wird aber leicht so empfunden. Gerade unter Jugendlichen, aber leider auch von LehrerInnen erlebe ich das. Klar, man weiß, dass Leute beleidigt werden, und dass Leute Dich schräg anschauen, weil du anders aussiehst oder eine andere Sprache sprichst. Die meisten Leute wissen nicht, dass Rassismus konkret bedeuten kann, dass man Schwierigkeiten mit der Wohnungs- oder Arbeitssuche bekommt.

Ich glaube, dass das größte Problem ist, dass die meisten Menschen nicht wirklich

darüber reflektieren, ob ihr eigenes Verhalten rassistisch verstanden werden kann.

Ein anderes Problem ist, dass man die Lebensart und Kulturen anderer Nationen nicht versteht. Natürlich muss man nicht alle Kulturen verstehen und kennen, aber man sollte sie in ihrer Einzigartigkeit akzeptieren und respektieren. Es gibt auch sehr viele Vorurteile gegenüber Ländern. Ich kann nur für mein Land sprechen, aber immer, wenn ich erzähle, dass ich aus Kolumbien komme, denken die meisten Leute, dass es ja alles supergefährlich wegen der Mafia sei oder dass alle Kolumbianer in Drogengeschäfte verwickelt wären. Gründe, warum viele Leute so denken, sind u a. die mediale Berichterstattung, Filme und Serien. Die Menschen und ihre Kultur werden hierbei oft sehr einseitig dargestellt. Ein anderer Grund ist, dass man in der Schule oft nur die Geschichte von dem Land, in dem man lebt, vermittelt bekommt.

Wie wäre es denn, andere Kulturen und Länder oder Kontinente in den Lehrplan viel detaillierter aufzunehmen? Oder mal ein Projekt für eine Woche, in der die Thematik von Personen von außen erklärt werden, die sich beruflich damit auseinandergesetzt haben und dass Personen kommen, die das schonmal erlebt haben. Das wäre ein interessanter Ansatz.

Alejandra Acero

Eine Schülerin berichtet über den Verein Freunde für Fremde

Hallo, mein Name ist Alejandra, ich komme aus Kolumbien und wohne bereits seit 7 Jahren in Deutschland. Ich besuche die Freie Waldorfschule in Karlsruhe und gehe in die 10. Klasse. Als ich mich entscheiden musste, wo ich mein Berufspraktikum machen will, kam ich auf den Verein Freunde für Fremde. Dort lernte ich viel über das Ausländerrecht und die vielen Probleme der Menschen, wenn sie nicht aus Deutschland kommen.

Während meines Praktikums war ich bei Beratungen dabei. Meistens hörte ich nur zu, aber ich half manchmal mit Übersetzungen und Formulare ausfüllen. Auch im Deutschunterricht half ich, das ging von kleinen Hilfen bis zum selbstständigen Unterricht. Das war eine meiner Lieblingstätigkeiten, das hat mir sehr viel Spaß gemacht. Der Verein macht viel Öffentlichkeitsarbeit. Sie machen bei vielen Veranstaltungen mit und organisieren manche davon. Zum Beispiel die Internationalen Wochen gegen Rassismus (IWgR), wo sie zwei Veranstaltungen organisierten und oft zu anderen gingen. Dort war ich bei zwei Veranstaltungen und fand es sehr erleichternd und schön zu sehen, wie sich Leute für Ausländer einsetzen. Ich schrieb im Nachhinein einen Artikel namens „Die IWgR aus der Sicht der jüngeren Generation“. Bei den Nachbesprechungstreffen von IWgR führte ich Protokoll.

Eins der anderen Events, an dem ich teilnahm, war MONDO – ein Fest für Alle auf dem Marktplatz von Karlsruhe-, dort war ich beim Stand des Vereins Freunde für Fremde und sollte den Verein interessierten Personen vorstellen.

Aber auch außerhalb von öffentlichen Events waren wir viel unterwegs. Zu Vorlesungen oder Diskussionsrunden.

Ein paarmal arbeitete ich auch im Büro und half beim Erstellen von Tabellen und anderem. Wie E-Mail verfassen.

Etwas, was ich sehr großartig fand, war, dass ich viele andere Projekte und Abteilungen vom ibz kennenlernen durfte. Es gab viele Sachen, die mich interessiert haben, wie sie funktionieren.

Im Großen und Ganzen fand ich mein Praktikum sehr spannend und Spaßig, da ich viele neue Dinge gelernt habe. Ich habe viele nette Leute kennengelernt, die mir viel gezeigt haben. Ich bin dankbar, dort mein Praktikum gemacht haben zu dürfen.

Alejandra Sepulveda Acero
Schülerin der Freien Waldorfschule Karlsruhe

Wir danken vielen....

Wir leben in herausfordernden Zeiten aufgrund des Angriffskriegs von Russland auf die Ukraine und dem aktuellen Krieg in Nah-Ost zwischen Israel und Palästina. In solchen Zeiten ist die gute Zusammenarbeit mit der Leitung des Internationalen Begegnungszentrums Dr. Iris Sardarabady und Dr. Eva Geerken sehr hilfreich. Wir danken dem gesamten Team, den Projektleiterinnen von Perspektive Now und dem Willkommenscafé Annika Hertel und Nicole Blaffert sehr für die gute Zusammenarbeit. Besonders schätzten wir die große Hilfsbereitschaft des Hausmeisters Herrn Sascha Frickel und Ralf Kappler.

Es tut gut in diesen Zeiten zu wissen, dass wir uns gemeinsam mit vielen Organisationen in dieser Stadt einsetzen gegen Rassismus und gegen Diskriminierung. Der Verein Freunde für Fremde hat sich an dem Runden Tisch Antirassismus und Antidiskriminierung eingebracht, aktiv mitgemacht durch Diskussionen und Vorschläge bzw. Lösungsansätzen. Wir nehmen erfreut zur Kenntnis, dass das Thema Antirassismus und Antidiskriminierung auf der Tagesordnung der Stadt angekommen ist.

Die Zusammenarbeit mit anderen Menschenrechtsorganisationen vor Ort vor allem Amnesty International, der Flüchtlingshilfe, der Seebrücke – um nur einige zu nennen, sind immer sehr produktiv, wichtig und unterstützend. Ganz besonders danken wir der Gesellschaft für bedrohte Völker, mit denen wir verschiedene Kooperationsveranstaltungen im Jahre 2023 machten, u.a. die Veranstaltung anlässlich des „Tages der Menschenrechte“, die am 10. Dezember 2023 im Tollhaus stattfand.

Im Rahmen der Beratungsarbeit intensivierte sich die Zusammenarbeit mit dem Ausländeramt der Stadt und des Landkreises Karlsruhe weiter, aber auch mit Unternehmen und Institutionen, die bereit waren, jungen Geflüchteten einen Ausbildungs-

und/oder Arbeitsplatz zur Verfügung zu stellen und damit neue Erfahrungen machen konnten.

Wir erleben eine gute Vernetzung mit verschiedenen Beratungsstellen und Ämtern, die Ausländer- und Sozialämter der Stadt und des Landkreises Karlsruhe, das Regierungspräsidium Karlsruhe und das Büro für Integration der Stadt Karlsruhe sollen hier stellvertretend für viele genannt werden.

Der Stadt Karlsruhe danken wir für einen Miet- und Sachkostenzuschuss. Vor allem danken wir unseren Vereinsmitgliedern, die uns mit ihren Jahresbeiträgen und manchen zusätzlichen Spenden unterstützen sowie denen, die mit unserer Arbeit verbunden sind, herzlich. Ohne dieses könnten wir nicht so arbeiten, wie wir es tun.

Wir danken ganz besonders den Spenden der Lions-Hilfe Karlsruhe-Baden e. V. und des Internationalen Pfennigbasars des Internationalen Frauenclubs Karlsruhe e.V. Das stellt eine sehr wichtige Unterstützung unserer Arbeit dar.

Hilfreich ist uns im letzten Jahr auch die Gertrud-Maria-Doll-Stiftung gewesen, die es uns ermöglichte, alleinerziehende Frauen in einer Notlage zu unterstützen. Konkrete Hilfen, die unser Verein sonst nicht hätte leisten können. Herzlichen Dank denen, die diese Stiftung verwalten!

Nicht zuletzt danken wir den Mitgliedern des Vereins Freunde für Fremde, die die Arbeit durch ihr ehrenamtliches Tun in Form von Deutschunterricht, Beratung, aber auch durch Ideen und Vorschlägen für Veranstaltungen und der Entwicklung des Vereins unterstützen und immer auch zu Spenden zu unserem Gelingen beitragen. Das ist besonders wichtig. Ein großer Dank an alle.

Marion Schuchardt

Impressum

Herausgegeben von
Freunde für Fremde e. V.
- eine Initiative zur Begegnung von Flüchtlingen, Migrantinnen, Migranten und Deutschen -
Kaiserallee 12 d, 76133 Karlsruhe (im Internationalen Begegnungszentrum)
Telefon: 0721 84 53 41
E-Mail: freunde.fuer.fremde@gmx.de
Straba-Haltestelle: Yorckstraße Linien S1/S11, S2, S5, Tram 2 und 3

Kontakt:
Beratung: 1. und 3. Dienstag im Monat 16.00 – 18.00 Uhr nur nach vorheriger telefonischer Terminvereinbarung sowie Donnerstag 10.00-13.00 Uhr und nach Vereinbarung.
Deutschunterricht: Montag + Mittwoch 10.00 - 13.00 Uhr und nach Vereinbarung.
Anmeldung für Deutschunterricht: Montag 10.00 – 10.30 Uhr.
Bürozeiten: montags – mittwochs und freitags 9.00 – 12.00 Uhr.

Vorstand
Marion Schuchardt, Vorsitzende, Angelika Steffen, stellv. Vorsitzende, Andreas Wellmer, stellv. Vorsitzender, Dr. Françoise Hammer, Schriftführerin, Dr. Rüdiger Schwenke, Kassierer, Wiltrud Göppert, Beisitzerin und Heidi Heger, Beisitzerin

Bankverbindung
Kontoinhaber: Freunde für Fremde e.V.
Bankverbindung: Sparkasse Karlsruhe
IBAN: DE88 6605 0101 0108 2839 53, BIC: KARSDE66XXX

Für die in diesem Jahresbericht enthaltenen Beiträge sind die jeweiligen Verfasser*innen verantwortlich. Sie entsprechen nicht unbedingt der Meinung des Vereins.

Gefördert durch
die Stadt Karlsruhe



